

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Psychosoziale Unterstützung von Familien gem. §3 Abs.4 KKG und Ausbau Frühe Hilfen

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied

Uwe Kukla

Wilhelm-Leuschner-Straße 9

56564 Neuwied

Tel.: +49 (0) 2631-803 0

Telefax: +49 (0) 2631-803 93 222

E-Mail: Jugendamt@kreis-neuwied.de

Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied

Datenschutzbeauftragter

Augustastrasse 7-8

56564 Neuwied

Telefon: +49 (0) 2631-803 0

E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zwecke der Datenverarbeitung

Vermittlung einer Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen oder Familienhebamme

Vermittlung zu weiteren Hilfeangeboten

Beratung von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr, die Unterstützungsbedarf haben

Korrespondenz mit Trägern von Frühen Hilfen (Beratung, Information)

5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Art. 6 lit c DS-GVO; §3 Abs.4 KKG (Teil des Bundeskinderschutzgesetzes) i.V.m. § 35 SGB I, §§ 67 ff SGB X, §§ 61 ff SGB VIII

6. Betroffene Person(en)

Privatpersonen, i.d.R. Mutter; Vater, Kind(er),

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen aus den Bereichen Familienbildung und von freien Träger der Jugendhilfe

7. Kategorien der personenbezogenen Daten

- Name, Vorname
- ggf. Familienstand
- ggf. Anzahl und Alter der Kinder
- ggf. Berufstätigkeit
- Adresse
- Telefonnummer, Email

ggf. Entbindungstermin

ggf. Namen und Kontaktdaten weiterer Personen, die die Familie unterstützen

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

intern (Zugriffsberechtigte)

- Abteilung/ Funktion
- Kreisjugendamt, ASD (nur mit Zustimmung der Klienten),
- Netzwerkkoordination (regulär)

extern:

Ggg. Kontaktaufnahme und Austausch mit niedergelassenen Ärzten. (mit Einverständnis der Klienten)

9. Übermittlung an ein Drittland

Keine

10. Dauer der Speicherung

Im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen: 5 Jahre nach Einreichen des Verwendungsnachweises (also sechs Jahre nach dem Haushaltsjahr, in dem die Mittel verwendet wurden) Personenbezogene Daten sind nach Beendigung des Einsatzes von der Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen zu löschen. D.h. in der Regel nach ca. einem Jahr.

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)

- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 20.08.2019